Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig Amt & Comp., Nr. 20613. **Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.** Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.75 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 8.25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 12.00 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.50 M., Familienanzeigen 1.00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 4.50 M., einschließlich Inseratensteuer. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 43 | Dresden, Sonnabend den 21. Februar 1920 | 31. Jahrg.

Dresdens Zukunft

In einer wichtigen Besprechung hatte der Dresdner Verkehrsverein (früher Verein zur Hebung des Dresdner Fremdenverkehrs) führende Männer in Industrie und Handel, Kunst und Wissenschaft am Freitag nachmittag nach dem neuen Rathause eingeladen. In seiner Begrüßungsansprache betonte der Vorsitzende, Hofrat Gehrens, daß keine andre Großstadt von den politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten Zeit so betroffen worden sei, wie gerade Dresden. Es werde der ganzen Tatkraft der Bevölkerung bedürfen, um Dresden seinen Charakter als kulturellen und wirtschaftlichen Mittelpunkt zu wahren. Zur Lösung dieser schwierigen Aufgabe fühle sich der Verein allein nicht kräftig genug. Durch den Friedensschluß und seine Folgeerscheinungen sei jeder Ausblick in die Zukunft in einer Weise verdunkelt worden, wie man es früher nicht für möglich gehalten hätte.

Der Hauptredner, Amtsgerichtsrat Dr. Barth, Vorsitzender des Verkehrsausschusses, meinte, es könne bald wie Hohn erscheinen, wenn sich in Zeiten der Verkehrseinschränkung und Verkehrsdrosselung ein Verkehrsverein bilde. Die Entwicklung Dresdens war bis vor dem Kriege eine durchaus aufwärtsgehende. Durch den Krieg sei diese Aufwärtsentwicklung abgeschnitten worden. Obgleich Dresden als Fremdenstadt von München überholt worden sei, bleibe Dresden immerhin ein Verkehrszentrum. Schon im Laufe des Krieges habe einmal eine Besprechung stattgefunden, wie der Schädigung Dresdens durch den Krieg zu begegnen sei. Damals herrschten noch ganz andre Verhältnisse, dachte man insbesondere an eine Verkehrsentwicklung nach Südosten mit Dresden als Zentrum. Durch den unglücklichen Ausgang des Krieges sei nun alles ganz anders gekommen. Dresden habe hauptsächlich durch die innenpolitischen Geschehnisse des 9. November und ihren Begleiterscheinungen gelitten. Der 9. November habe Dresden nicht nur äußerlich die Vorteile einer Residenzstadt und des Zentrums der sächsischen Armee genommen, sondern auch eine gesellschaftliche und kulturelle Einbuße gebracht. Hinzu komme, daß Dresden durch die unitaristische Entwicklung immer mehr auf das Niveau einer Provinzialhauptstadt herabgedrückt werde. Gewiß habe auch Berlin den Hof verloren, ebenso München, Berlin habe dafür aber zahlreiche neue Verwaltungsstellen bekommen, und München bleibe nach wie vor die Hauptstadt von Süddeutschland. Leipzig habe gar nicht gelitten, im Gegenteil durch den Krieg gewonnen infolge der erhöhten Bedeutung der Leipziger Messe. Dresden habe ja schon immer unter der Konkurrenz von Berlin und Leipzig gelitten. Von einer harmlosen Plänkelei zwischen Dresden und Leipzig könne aber keine Rede mehr sein. Leipzig habe nicht nur in den letzten zwanzig Jahren Werte geschaffen, wodurch es an wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung gewann, sondern sei auch aggressiv gegen Dresden vorgegangen. Die Dresdner Universitätspläne seien hauptsächlich am Widerspruch Leipzigs gescheitert. Dasselbe Spiel erlebe man jetzt wieder bei dem Projekt einer Hochschule für Redekunst und Musik. Dieser Fall sei typisch für den Konkurrenzkampf, der sich künftig zwischen Dresden und Leipzig abspielen wird. Man wolle Leipzig zum Mittelpunkt Mitteldeutschlands machen und Dresden an die zweite Stelle drücken.

Als eins der Mittel, Dresden seinen wirtschaftlichen und kulturellen Rang und Wert zu erhalten, bezeichnete der Redner den Ausbau der Technischen Hochschule durch Angliederung weiterer Forschungsinstitute, so daß Dresden zu einem wissenschaftlichen Zentrum werde, wenn auch in andrem Sinne als man es sich vor Jahren bei Verfolgung der Universitätspläne gedacht habe. Nicht bloß wirtschaftliche, sondern auch ideelle Beweggründe rechtfertigten das Vorgehen.

Die sich hieran anknüpfende mehrstündige Aussprache ergab sehr beachtenswerte Anregungen. Syndikus Dr. März vom Verbande Sächsischer Industrieller behandelte insbesondere das Gebiet der wirtschaftlichen Fragen und teilte den Pessimismus des Referenten. Viele Bestrebungen würden von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt sein, weil man gegen die Macht der Verhältnisse nicht ankämpfen könne. Durch die Ausschaltung des Ostens werde Sachsen und insbesondere Dresden empfindlich berührt. Die neuen östlichen Randstaaten, der selbständige Polenstaat und der Zerfall Oesterreich-Ungarns würden wirtschaftliche Folgen, über deren Tragweite sich heute die wenigsten vollkommen klar seien, bringen. Der Anschluß Oesterreichs an Deutschland, der einmal kommen werde und an sich auch nur zu begrüßen sei, werde zur Folge haben, daß der Hauptverkehrsweg von Berlin nach Wien, um den Zollschwierigkeiten mit der Tschechoslowakei zu entgehen, nicht mehr über Dresden-Prag, sondern über Leipzig-München gehen werde. Weiter sei zu bedenken, daß der Plan eines Elbe-Oder-Donau-Kanals so gut wie unerfüllbar geworden sei. Eine um so größere Bedeutung habe dagegen das Projekt einer Rhein-Donau-Verbindung gewonnen. Auch dadurch werde das wirtschaftliche Schwergewicht mehr nach dem Westen verlegt und Leipzig ganz von selbst in den Mittelpunkt gerückt. Leipzig habe Dresden schon heute wirtschaftlich überflügelt und werde durch die Verreichlichung der Eisenbahnen verkehrstechnisch noch mehr gewinnen. Auch von den verfassungsrechtlichen Veränderungen hänge viel ab. Es werde darauf ankommen, wie groß der Einfluß Sachsens im Reiche sein wird. Die Aufgabe der Erhaltung unsrer Einrichtungen werde durch unser finanzielles Unvermögen stark beeinträchtigt.

Geh. Kommerzienrat Arnhold: Mit Pessimismus sei nichts zu erreichen. Gewiß habe Dresden zum Teil von altem Ruhme gezehrt. Auf kulturellem Gebiete sei nicht so gearbeitet worden, daß den Fremden auch wieder mal etwas Neues geboten worden wäre. Die Revolution habe in Berlin und Leipzig nicht anders gewirkt als in Dresden. Berlin werde natürlich immer Weltstadt bleiben, und Leipzig sei in wirtschaftlicher Beziehung schon immer Dresden überlegen gewesen, doch dürfe nicht vergessen werden, daß Dresden einen außerordentlichen Aufschwung genommen habe. Den besten Beweis lieferten die Dresdner Hotels, die jetzt die vielen Fremden gar nicht aufzunehmen imstande seien. Zugegeben werden müsse, daß in Leipzig ein viel großzügigerer Geist herrsche. In Dresden sei früher der Kaufmannsstand geschmäht gewesen und auch heute noch nicht genügend geachtet. Von der Großzügigkeit und Munifizenz der sächsischen Fürstenhäuser, der Dresden früher viel zu verdanken habe, sei in den letzten Jahrzehnten nicht mehr viel zu spüren gewesen. Man müsse Dresden durch etwas Neues fördern. Für das Wirtschaftliche würden die Kaufleute und Industriellen schon selbst sorgen. Ein Hygiene-Museum würde eine Sehenswürdigkeit für die Fremden bedeuten, und ebenso müsse eine Hochschule für Musik so schnell als möglich ins Leben gerufen werden. Im Verkehrsleben werde die Tschechoslowakei ein Großstaat werden, dessen Verkehr in der Hauptsache nach Berlin und Hamburg gehen müsse, was Dresden außerordentlich nutzen werde. — Eine andre Frage sei aber noch: Was müssen wir unterlassen? Mit dem Geist der Unduldsamkeit gegen Andersprechende, Andersgläubige und Andersdenkende, der in Dresden mehr als anderswo zu Hause sei, müsse aufgeräumt werden. Früher sei immer gegen die Sozialdemokratie gehetzt worden. Er sei auch heute noch der Ansicht, daß die Schaffung des Dresdner Bürgerrates nicht glücklich war, denn dadurch werde der Eindruck erweckt, als ob eine Kluft zwischen Sozialdemokratie und Bürgerschaft bestehe, als ob die Sozialdemokraten keine Bürger wären. Mit diesem Geiste der Unduldsamkeit, mit den Hetzversuchen gegen Andersgläubige jage man nicht nur viele Einheimische, sondern auch Fremde, die nach Dresden kommen wollen, fort. Die Dresdner Presse pflege diesen Geist der Unduldsamkeit. (Dieser Vorwurf soll und kann sich natürlich nur gegen einen bestimmten Teil der Presse richten.)

Geh. Rat Dr. Adolph von den Landestheatern betonte, daß Dresden eine führende Stellung auf dem Gebiete der Kunst einnehme. Oper und Schauspielhaus müßten auf der alten Höhe gehalten werden. Die städtischen Behörden müßten alles daran setzen, daß Dresden erste Kunststadt bleibe, um so mehr, als Leipzig versuche, die Führung auch auf diesem Gebiete an sich zu reißen. Das Schloß sollte für Museumszwecke und der große Paradesaal insbesondere für Konzertzwecke freigemacht werden.

Bankdirektor Stadtrat Dr. Krüger versicherte, daß die Stadtverwaltung noch nicht den Mut verloren habe. Es müsse eine expansive Politik getrieben und namentlich das Stadtbereich durch Einverleibungen erweitert werden. In wirtschaftlicher Beziehung sei noch viel zu machen, zumal Dresden ganz hervorragende Industriezweige besitze. Die Stadt plane den Bau von Flutrinnen und Industriebahnen. Kunst und Wissenschaft könnten nur gedeihen, wenn Leben und Verdienst in der Stadt herrschen. Redner regte Förderung des Ausstellungswesens und Wiederaufnahme der Universitätspläne an.

Geh. Rat Professor Gurlitt machte darauf aufmerksam, daß Dresden auch in der Technik eine führende Stellung habe, bezeichnete die Verlegung der Tierärztlichen Hochschule nach Leipzig als einen großen Verlust für Dresden und ersuchte den Rat alles zu tun, daß die Tharandter Forstakademie als Abteilung der Technischen Hochschule an Dresden gefesselt werde. In der Dresdner Universitätsfrage sei der Widerstand der andern Hochschulen maßgebend gewesen, die befürchteten, daß ein neue Charakter der Hochschule aufgestellt werden könnte. Tatsächlich sei das jetzige Universitätsprinzip in hohem Grade verzopft und besonders gelte das von Leipzig. Man sollte in Dresden eine technische Universität ins Leben rufen.

Sanitätsrat Dr. Cohn stellt fest, daß ein großer Teil der Dresdner Bevölkerung von dem Bestehen der Volkssingakademie bezeichnenderweise keine Ahnung habe, und regte an, anläßlich deren 50jährigen Bestehens im Herbst 1920 ein großzügiges Musikfest unter Mitwirkung der Arbeiterschaft zu veranstalten.

Oberjustizrat Dr. Ginsberg machte auf das Fehlen eines großen Konzerthauses in Dresden aufmerksam.

Stadtverordnetenvorsteher Holst erklärte, daß die städtischen Kollegien dem Plan einer Musikhochschule nach Kräften unterstützen werden.

Präsident Dr. Mettig von der Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen vertrat den Standpunkt, daß Dresden eine ausgezeichnete geographische Lage besitze und versprach sich insbesondere viel vom Verkehr mit der Tschechoslowakei. Dresden müsse aber auch infolge seiner Lage am Elbstrom schon längst ein Zentrum des Umschlagverkehrs sein. Den Dresdner Handelskreisen machte er den Vorwurf, daß sie nicht rechtzeitig die Bedeutung der Verreichlichung der Eisenbahnen erkannt und dazu Stellung genommen hätten. Die am 1. März eintretende abermalige Verteuerung des Eisenbahnverkehrs werde für Dresden von unheilvollem Einfluß sein.

Amtsgerichtsrat Dr. Barth forderte, daß Dresden auf alle Fälle Sitz einer Eisenbahndirektion werde.

Kaufmann Müller bat, die Oberlausitz durch bessere Zugverbindungen mehr an Dresden heranzubringen und eine regere Verbindung mit Breslau anzustreben, während von andrer Seite der Wunsch ausgesprochen wurde, daß Dresden Sitz der Reichsversicherungsanstalt und eventuell auch des Reichseisenbahnamtes werden möchte. Auch wurde der Errichtung eines Reichsmuseums für das deutsche Kunstgewerbe in Dresden das Wort geredet.

Die Besprechung führte zur Gründung eines Ausschusses zur Beratung wichtiger Fragen Dresdens, der mit dem Dresdner Verkehrsverein in ständiger Fühlung stehen soll. Der Ausschuß dem die Herren Stadtbaurat Poetzig, Direktor Scheldemantel von der Landesoper, Professor Seyfarth, Professor Dr. Gurlitt, Geheimerrat Dr. Gußmann, Professor Schumann, Amtsgerichtsrat Dr. Barth, Ministerialdirektor Dr. Schmitt, Dr. Schulze und Stadtverordnetenvorsteher Holst angehören, der aber nach Beliebig ergänzt werden kann, wird nach Rücksprache mit dem Oberbürgermeister einberufen werden.

Der Reichskanzler über die Kohlenförderung

wtb Berlin, 20. Februar. Der Reichskanzler hat im Anschluß an das zwischen den Arbeiterorganisationen und den Zechenverbänden zustande gekommene Abkommen über die Steigerung der Kohlenproduktion einem Mitarbeiter der Deutschen Allgemeinen Zeitung nachstehende Unterredung gewährt:

Der große Kohlenmangel, unter dem wir zu leiden haben, zwingt uns, unter allen Umständen für eine Steigerung der Förderung zu sorgen. Die Verkürzung der Arbeitsschicht auf sechs Stunden wird dadurch vorerst zur Unmöglichkeit. An und für sich soll nicht gesagt werden, daß die Forderung des Sechsstundentages der Berechtigung entbehrt. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen und im besonderen bei der jetzigen Notlage läßt sich diese Forderung nicht durchsetzen. Uebrigens könnte dieses schwerwiegende Problem nur durch internationale Regelung gelöst werden. Auf diesen Standpunkt haben sich ja auch die Bergarbeiter in ihrer großen Mehrheit gestellt mit Ausnahme allein jener Kreise, die durch die lindradikale Agitation irregeleitet worden sind. Wenn nun die Bergarbeiter nicht nur von der Forderung des Sechsstundentages abgesehen haben, sondern über die jetzige Zeit hinaus noch Ueberschicht zu fahren gewillt sind, so ist das — ich will das ehrlich und dankbar aussprechen — ein Zeichen dafür, daß die Bergarbeiterschaft einsichtig genug ist, unsre Notlage zu übersehen und die Forderungen daraus zu ziehen, die gezogen werden müssen.

Wenn von seiten der Arbeitnehmer vorgeschlagen worden ist, die Kohlenförderung durch Einstellung neuer Arbeitskräfte zu heben, so läßt sich dieser Vorschlag schon im Hinblick auf den Mangel an geeigneten Wohnungen sowie wegen der technischen Schwierigkeiten nicht so schnell verwirklichen. Indessen verfolgt die Reichsregierung diesen Plan und der Neubau der Arbeiterwohnungen ist in umfangreichem Maße vorgesehen. Die Kosten für diese Bauten sollen aus den Kohlenpreisen gedeckt werden. Wir hoffen, in absehbarer Zukunft im Ruhrrevier etwa 150 000 Mann unterbringen zu können. Mit dem Neubau der Wohnungen soll schon im Frühjahr dieses Jahres begonnen werden. Aber es wird vielleicht Jahre dauern, bis eine auskömmliche Mehreinstellung von Arbeitskräften ohne Schwierigkeiten bewirkt werden kann.

Die Kohlenfrage aber ist von größter Dringlichkeit. Wir müssen schnell handeln, wenn wir aus den jetzigen Schwierigkeiten überhaupt heraus wollen. Zur Beseitigung der Krisis gibt es daher nur ein Mittel, und das ist: Nicht Schichtverkürzung, sondern Streckung der Arbeitszeit.

Der Kampf um die Lösung des Problems war teilweise sehr erregt. Es ist nicht zuletzt der Haltung des Reichskommissars Severing und der Einsicht der Gewerkschaftsführer zu danken, wenn das schwere Werk der Einigung dennoch gelang. Die Vertrauensleute der Arbeitnehmer wiesen mit Recht auf die mannigfachen und schweren Bedenken einer verlängerten Arbeitszeit hin. Ihre Entschlossenheit, der Not des gesamten Volkes abzuhelfen, beseitigte alle naheliegenden Einwände. Nur über die Art und Weise der Mehrleistung bestanden noch abweichende Auffassungen. Die Zechenbesitzer hatten vorgeschlagen, die Arbeitszeit von 7 auf 8½ Stunden täglich zu erhöhen. Hiergegen erhoben sich jedoch in den Kreisen der Bergarbeiter gewichtige Sorgen und so kam man schließlich zu der Einigung, daß wöchentlich zwei halbe Ueberschichten gefahren werden sollen. Das geschieht in der Weise, daß im Anschluß an sieben Stunden Schicht 3½ Stunden Ueberschicht gefahren werden, so daß an den Tagen der Ueberschichten insgesamt 10½ Stunden gearbeitet wird. Es ist ein einfaches Rechenexempel, daß durch diese Form der Ueberschicht in Zukunft in der Woche ein Sechstel mehr gearbeitet wird als bisher.

Um sich zu vergegenwärtigen, was das heißt, muß man auf die Förderungszahlen der letzten Monate des Jahres 1919 zurückgreifen. Im Durchschnitt werden sechs bis sieben Millionen Tonnen Kohle monatlich im Ruhrgebiet gefördert. Die jetzige Schichtverlängerung bringt also eine Steigerung der Leistungen um etwa eine Million Tonnen im Monat, das heißt zwölf Millionen Tonnen im Jahre. Das ist gewiß eine erhebliche Summe, aber sie ist doch noch nicht groß genug, um die Schwierigkeiten der Kohlenlage zu beseitigen. Eine Ausdehnung der Vereinbarung auf Oberschlesien und die Braunkohlengebiete muß angestrebt werden. Nach den bisherigen Meldungen ist wohl darauf zu hoffen, daß auch für dieses Gebiet ein ähnliches Abkommen getroffen wird.

Die Entschädigung, die für die Ueberschicht geleistet wird, mußte natürlich hoch sein. Sie mußte für die Bergarbeiter einen starken Anreiz bilden. Es wird ein Lohnzuschlag von 100 Prozent für Arbeiter unter Tage und ein Zuschlag von 50 Prozent für Arbeiter über Tage gewährt. Geld allein macht aber auch die Bergarbeiter nicht glücklich, sie müssen Gelegenheit haben, sich für dieses Geld Lebensmittel zu kaufen. Wenn deshalb den schwerarbeitenden Bergarbeitern Sonderzuweisungen an Brot und Fett bewilligt worden sind, so dürfte das von der übrigen Bevölkerung durchaus verstanden und gebilligt werden.

In seinen praktischen Folgen wird das getroffene Abkommen sowohl innerpolitisch wie außerpolitisch bald dem gesamten Volke sich äußerst wohltätig erweisen. Dies gilt zunächst für die Versorgung der Eisenbahnen mit Betriebskohlen, wodurch auch die Abfuhr von Lebensmitteln gesteigert werden wird. Aber auch die Lebensmittel selbst werden wir durch eine starke Kohlenförderung vermehren können, indem wenigstens ein Teil dieser Kohlen nach dem Auslande gehen und uns so Devisen für den besonders während der nächsten Monate dringend notwendigen Lebensmittelankauf verschaffen wird. Daß Industrie und Landwirtschaft gleichmäßig an der gesteigerten Kohlenförderung teilnehmen sollen, versteht sich von selbst. Die Landwirtschaft im besonderen wird dadurch in die Lage kommen, ihre Maschinen besser auszunutzen, um so der gegenwärtigen Ablieferungsnot abzuhelfen und dann auch der Frühjahrsbestellung die dringend erforderliche Förderung zuteil werden zu lassen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200221/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG